

Niederschrift
über die öffentlichen Sitzung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung
am 29.05.2018

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 18:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Willi Blumensaat

SPD

Herr Lars Nockemann

Herr Thomas Wandersleb

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gerd-Peter Grün

BfB

Herr Joachim Krollpfeiffer

FDP

Herr Jan Maik Schlifter

Die Linke

Herr Bernd Schatschneider 17.00 – 18.20 Uhr

Bürgernähe/Piraten

Frau Gordana Kathrin Rammert

Verwaltung

Herr Gerald Burkat

Frau Andrea Duffert

Frau Almut Fortmeier

Herr Andreas Kunert

Herr Georg Müller

Herr Reiner Müller

Herr Christian Poetting

Herr Ines Schiermeyer-Reichl

Frau Georgia Schönemann

Frau Gitta Trachte

Herr Dr. Udo Witthaus

Mitglieder

Herr Dr. Lutz van Spankeren

Herr Jörg Neumann

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung der Arbeitsgruppensitzung vom 20.02.2018

Das Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung / Schulische Inklusion vom 20.02.2018 (AGSEP/009/2014-2020) wird einstimmig genehmigt.

-.-.-

Zu Punkt 2 Mehrklassenbildung Bosseschule Jahrgang 6 Schuljahr 2018/19 (Raumerweiterung)

Herr Müller berichtet, dass die Bosseschule um die Bildung einer Mehrklasse im Jahrgang 6 des kommenden Schuljahres gebeten habe. Der aktuelle Jahrgang 5 besitze aktuell eine Stärke von 58 SuS und befinde sich damit schon leicht über dem Klassenfrequenzrichtwert. Aus dem aktuellen Jahrgang 6 würden ca. 6 bis 8 SuS nicht versetzt, welchen eine Wiederholung ermöglicht werden sollte. Weiterhin werden 3 SuS aus den Sprachförderklassen in die Regelklassen übergehen, außerdem gebe es 6 Anfragen von Eltern deren Kinder sich auf den umliegenden Gymnasien befinden. Seitens der Verwaltung stehe man positiv einer Vermeidung von Schulwechseln und einer Aufnahme aus den IK-Klassen gegenüber. Eine Lösung könne kurzfristig nur über die Bereitstellung eines Klassenraum-Containers erfolgen. Der aufgezeigte Standort werde derzeit geprüft. Sofern mittelfristig ein dauerhafter Bedarf absehbar sei, müsse evtl. über eine Erweiterung des Schulgebäudes nachgedacht werden.

Herr Nockemann fragt nach Kosten und Zeitrahmen.

Herr Müller antwortet, dass mittelfristig von einem Bedarf von mindestens 5 Jahren für die Containerlösung auszugehen sei. Die Kosten für 2 Container würden sich zwischen 1.000 € und 1.500 € pro Monat bewegen, wenn man bisherige vergleichbare Lösungen zugrunde lege.

Herr Schlifter erkundigt sich danach, welche Ausbauvarianten der ISB sehe.

Herr Müller antwortet, dass diesbezüglich noch nicht konkret beim ISB nachgefragt wurde, eine schnelle Lösung sei jetzt nur mit Containern möglich. Wenn sich perspektivisch in 1-2 Jahren ein dauerhafter Nachfragebedarf abzeichne, sei über eine bauliche Erweiterung zu entscheiden.

Frau Rammert hält den Zeitraum von 5 Jahren für eine Containerlösung für zu lang, eine Verstetigung des Bedarfs sei absehbar.

Herr Grün sieht einen aktuellen Bedarf als gegeben insb. auch unter Berücksichtigung etwaiger Bildungsgänge nach §132 c SchulG. Das Ergeb-

nis der Schulentwicklungsplanung sollte aber abgewartet werden. Herr Dr. Witthaus merkt in Bezug auf die Herkunft der SuS an, dass es sich um einen spezifischen Bedarf für eine Mehrklasse vor dem Hintergrund der „Kultur des Behaltens“ handele. Um den Bedarf zu decken, müsse nun eine bauliche Interimserweiterung in Betracht gezogen werden.

Herr Wandersleb führt aus, dass die eigentliche Diskussion in 2 Jahren anstehen wird.

Herr Schlifter unterstreicht, dass schon jetzt alle theoretischen Erweiterungsmöglichkeiten geprüft werden müssten.

Herr Müller antwortet, dass es aus Verwaltungssicht an vielen Schulen wie dem Gymnasium Am Waldhof, dem Ceciliengymnasium und der GS Heeperholz bauliche Erweiterungsbedarfe gebe und verweist auf die Bruttoliste zu dem Komminvest 2-Förderprogramm. Dies bedürfe einer Diskussion mit schulfachlicher Beratung, dabei stelle sich die Frage, in welcher Konstellation die Thematisierung erfolge.

Herr Nockemann hält fest, dass es sich um ein Dauerthema handele und die Verwaltung im konkreten Fall wie vorgeschlagen verfahren solle.

-.-.-

Zu Punkt 3

Zügigkeiten der Sekundarschulen Königsbrügge, Gellershagen und der Realschule am Schlehenweg

Herr Müller weist darauf hin, dass der SSA für die Sekundarschulen ursprünglich optional eine 4-zügige Führung vorgesehen hatte, für die Realschule am Schlehenweg wurde die Prüfung der Option der Erweiterung auf eine Dreizügigkeit beschlossen. Nachdem nun ausreichende Anmeldezahlen vorliegen, müsse mit der Planung der erforderlichen baulichen Erweiterungen begonnen werden. Er verweist auf die verteilten Flächenberechnungen, welche sich an den bisherigen Schulbaunotwendigkeiten orientieren. Dabei stelle sich die Frage, ob bei der Planung auch die optionalen Zügigkeiten berücksichtigt werden sollen.

Frau Rammert spricht sich dafür aus, auch die optionalen Zügigkeiten bei der Planung zu berücksichtigen, ein zukünftiger Bedarf sei abzusehen.

Herr Schlifter hält den Handlungsbedarf bei den Schulen im Aufbau für nicht ganz so hoch wie bei den bestehenden Schulen, Optionen sollten offen gehalten werden.

Herr Dr. Witthaus verweist auf die beschlossenen Raumprogramme, hinsichtlich der optionalen Zügigkeiten bedürfe es einer klaren Aussage ob diese aufgenommen werden sollen oder nicht.

Herr Wandersleb führt aus, dass entsprechend der Errichtungsbeschlüsse ein Auftrag bestehe, die Sekundarschulen für eine 3-Zügigkeit räumlich angemessen auszustatten. Die Basisbeschlüsse sehen optional auch

eine 4-Zügigkeit vor, welche berücksichtigt werden sollte.

Herr Grün stimmt ebenfalls zu, alle Optionen offenzuhalten.

Herr Blumensaat sieht einen Planungsbedarf für alle Schulen, konkret stehe der Auftrag für die 3 neuen Schulen im Vordergrund.

Herr Nockemann fasst zusammen, dass nach dem Verlauf der Diskussion die Verwaltung ausreichend Feedback zum Tätigwerden bekommen habe.

-.-.-

Zu Punkt 4

Sachstand Markterkundung zur Auswahl eines Sachverständigen für die Beratung zur Erstellung eines ganzheitlichen Schulentwicklungsplans

Herr Müller berichtet, dass er vor zwei Wochen im Rahmen der Markterkundung 6 renommierte Gutachter angeschrieben habe. Bisher habe es 4 Antworten mit Interessenbekundung gegeben, im Nachgang erfolgte noch eine telefonische Meldung.

Im Ergebnis ist kein Experte bekannt, der alle Fragestellungen aus der Schulentwicklungs- und Medienentwicklungsplanung abdecken könne. Unter Umständen müsse über eine nochmalige Splitting der Themenbereiche nachgedacht werden. Evtl. seien nur Teilbereiche des Untersuchungsauftrages abdeckbar. Im weiteren Verlauf sei nun geplant, mit den 5 Interessenten vertiefende Gespräche zu führen.

-.-.-

Zu Punkt 5

Bildungsgänge nach § 132 C SchulG an Realschulen, vgl. SSA 21.11.2017, TOP 3.14 und Ds-Nr. 5618

Herr Müller verweist auf die zurückliegende Beratung im SSA und fragt nach dem Meinungsbild in den Fraktionen. Aus Sicht der Verwaltung gebe es nach wie vor einen Handlungsbedarf. Frau Rammert, Herr Grün, Herr Wandersleb und Herr Schatschneider sprechen sich für die Einrichtung von Bildungsgängen nach § 132 C SchulG aus, Herr Blumensaat dagegen.

-.-.-

Zu Punkt 6

Übergänge von IKs in Regelklassen, ggf. Erfordernis von Mehrklassenbildungen und Umbildungen von Klassen

Herr Müller verweist auf eine Nachfrage aus der letzten Sitzung des SSA zur schulischen Versorgung von Seiteneinsteigern und die verteilte Tabelle. Aus Sicht der Aufsichtsbehörde sei es Aufgabe des Schulträgers die schulische Versorgung der Seiteneinsteiger sicherzustellen. Insgesamt gebe es 99 Fälle, wo zum neuen Schuljahr ein Schulwechsel in der Sek. I stattfinden solle. Es handele sich nicht nur um ein Bielefelder Phänomen sondern ähnliche Probleme gebe es auch bei anderen Kommunen, wo internationale Klassen auslaufen.

Herr Dr. Witthaus ergänzt, dass neben der räumlichen Situation auch unterschiedliche Schulformempfehlungen zu unterschiedlichen Verteilungen führen. Ziel müsse sein, räumliche Anschlussperspektiven zu schaffen.

Frau Duffert fragt nach, nach welchen Kriterien z.B. bei der Brackweder Realschule eine Auswahl getroffen wurde.

Herr Müller antwortet, dass dies aus den Zahlen nicht ersichtlich werde. An der Luisenschule sei z.B. jeder Einzelfall in der Schulkonferenz nach Leistungsgesichtspunkten und Schulformempfehlung diskutiert worden. Daneben gebe es aber auch kapazitive Gründe, da aufgrund der Raumgrößen eine Klasse mit 26 SuS schon voll belegt ist.

Herr Neumann weist zum Verfahren darauf hin, dass die Belegung der IK durch das Kommunale Integrationszentrum gesteuert werde, ein Leistungsstand könne bei der Zuweisung kaum ermittelt werden, dies führe nun zu der Situation. Wenn möglich sollte eine Kultur des Behaltens gelebt werden.

Frau Trachte merkt an, dass im nächsten Arbeitskreis der Schulaufsichten die Möglichkeit zur Diskussion über eine konkrete Problemlösung bestehe.

Herr Müller erläutert, dass eine Verteilung auf die Schulform wohl eher nach der nächsten Erreichbarkeit der Sek. I - Schule erfolgt ist, da normalerweise Schüler- bzw. Prognosedaten nicht vorliegen.

Herr Dr. Witthaus sieht bei einem Vergleich zwischen Luisenschule und Gertrud-Bäumer-Schule ein unterschiedliches Muster in der Umgangsweise.

Herr Schlifter geht bei der Luisenschule von einem Problem bei der Raumkapazität aus. Beim Verfahren stellt er in Frage, ob die Auswahl nach der nächstgelegenen Schule passend sei.

Herr van Spankeren schließt sich Herrn Neumann an, dass bei Einrichtung der IKs die jetzige Situation absehbar gewesen sei. Im Wesentlichen handele es sich um ein Problem des gegliederten Schulsystems gegenüber den Gesamtschulen. Er spricht sich dafür aus, dass bei der anstehenden Schulentwicklungsplanung auch die Aspekte Abschulung, Schulformempfehlung und Gemeinsames Lernen berücksichtigt werden.

Herr Grün ist der Ansicht, dass das Problem des Raumbedarfs lösbar sei, in Gesprächen mit den Schulleitungen könnten konsensuale Lösungen gefunden werden.

Herr Dr. Witthaus unterstreicht, dass bei dem Übergang in Regelklassen

eine Kultur des Behaltens an erster Stelle stehen sollte. Eine weitere Möglichkeit sei die Verteilung in unterfrequentierte Klassen, als letzte und ungünstigste Option sieht er Klassenteilungen. Im Einzelfall müsse man auf das Raumkataster abstellen.

Herr Müller merkt an, dass der Tagesordnungspunkt heute der Problem-
beschreibung diene. Eine generalisierende Lösung müsse aus den Ein-
zelfalllösungen abgeleitet werden. Die Kapazitäten müssten voraussicht-
lich durch Klassenteilungen erhöht werden, dies werde zu Unmut bei den
Eltern führen. Die Verwaltung brauche in diesem Fall Rückendeckung
von der Politik.

Herr Nockemann schlägt vor, zu dem Thema regelmäßig im SSA zu be-
richten, mit der weiteren Vorgehensweise der Verwaltung sei man einver-
standen.

Zu Punkt 7 **Mitteilungen / Verschiedenes**

keine
